

Nr.: 105-XVI./2021

■ Dezernat	III - Mobilität, Umwelt & Strukturpolitik	15.04.2021
■ Fachbereich	Stellvertretende Dezernatsleitung	
■ Verfasser/-in	Gregotsch, Nina	
■ Telefon	07621 410-3030	

Beratungsfolge	Status	Datum
Umweltausschuss und Betriebsausschuss Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach	öffentlich	05.05.2021
Kreistag	öffentlich	09.06.2021

Tagesordnungspunkt

ÖPNV-Rettungsschirm 2021 - Resolution des Landkreises Lörrach

Beschlussvorschlag

Der Kreistag beschließt die in der Anlage befindliche Resolution zum ÖPNV-Rettungsschirm 2021.

Bezug zum Haushalt

Teilhaushalt	4	Mobilität, Umwelt & Strukturpolitik
Produktgruppe	54.70	ÖPNV
Produkt(e)	54.70.01	ÖPNV/Förderung der ÖPNV-Infrastruktur

Wirkungsziel /
beabsichtigte Wirkung
(Was soll erreicht werden?)

Ein zukunftsorientiertes, bedarfsgerechtes und umweltschonendes Mobilitätsangebot ist im Landkreis Lörrach sichergestellt.

Leistungsziel /
angestrebtes Ergebnis
(Was müssen wir dafür tun?)

Der Landkreis Lörrach wirkt bei der bedarfsgerechten Ausgestaltung des ÖPNV aktiv mit.

Zielerreichungskriterium
(Indikator, Kennzahl, Leistungsmenge):

■ Klimawirkung:	<input checked="" type="checkbox"/> positiv	<input type="checkbox"/> neutral	<input type="checkbox"/> negativ	<input type="checkbox"/> keine
■ Personelle Auswirkungen:	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, ggf. Erläuterung		
■ Finanzielle Auswirkungen:	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja,		
<input type="checkbox"/> im Ergebnishaushalt	Aufwand	Ertrag	einmalig in	wiederkehrend
	€	€		
<input type="checkbox"/> im Finanzhaushalt	Investitions- kosten brutto	Zuschüsse u. ä.	Investitions- kosten LK netto	zeitliche Umsetzung
	€	€	€	

Mittelbereitstellung - in EUR -

ErgebnisHH		Zeilen-Nr.	2020	2021	2022	2023	ab 2024
Bedarf	Erträge						
	Personalaufwand						
	Sachaufwand						
	Kalk. Aufwand						
Plan	Erträge						
	Personalaufwand						
	Sachaufwand						
	Kalk. Aufwand						
FinanzHH investiv		Zeilen-Nr.	2020	2021	2022	2023	ab 2024
Bedarf	Einzahlung						
	Auszahlung						
Plan	Einzahlung						
	Auszahlung						

■ **Deckungsvorschlag** (wenn Mittelbedarf größer als Plan)

Begründung

■ Sachverhalt

Pandemiebedingt hatte der ÖPNV 2020 massive Einnahmeausfälle zu verzeichnen. Um einen Kollaps des Systems zu verhindern, wurden von Bund und Land im Rahmen des sog. **ÖPNV-Rettungsschirms** die **Einnahmeausfälle zu 95% ausgeglichen**. In den Landkreis Lörrach sind so rund 4,5 Mio. EUR geflossen.

Bereits im Herbst 2021 drängten die kommunalen Spitzenverbände auf eine Fortsetzung des ÖPNV-Rettungsschirms im Jahr 2021.

ÖPNV-RETTUNGSSCHIRM 2.0

Das **Land Baden-Württemberg** hat seine Bereitschaft signalisiert weiterhin den von der Corona-Krise hart getroffenen Öffentlichen Personennahverkehr zu unterstützen und stellt zunächst für das 1. Halbjahr 2021 insgesamt **115 Mio. EUR** als Überbrückungshilfe zur Verfügung.

Dem stehen **prognostizierte Einnahmeausfälle** für Baden-Württemberg in Höhe von **350 Mio. EUR** gegenüber, wobei der Schwerpunkt der Einnahmeverluste mit prognostiziert 230 Mio. EUR im 1. Halbjahr 2021 erwartet wird.

Die Finanzierungslücke von 115 Mio. EUR sollen durch Bundes- und kommunale Mittel erbracht werden. So befinden sich für Baden-Württemberg aktuell 100 Mio. EUR Bundeszuschuss in Rede. Die Gespräche zwischen Bund und den Ländern dauern noch an.

Nach Abschluss dieser Verhandlungen sollen weitere Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden zwecks einer kommunalen Beteiligung gesucht werden. Angestrebt wird eine **„faire Verteilung der verbleibenden Lasten zwischen Land und kommunaler Seite für 2021.“**

Die kommunale Seite hat vor dem Hintergrund nachfolgender Überlegungen eine grundsätzliche Bereitschaft an einer Beteiligung signalisiert:

- Bei weiterhin fehlenden Einnahmen besteht die Sorge, dass die Verkehrsunternehmen bestehende Verträge kündigen bzw. Entbindungsanträge stellen und Liniengenehmigungen zurückgeben.
- Bei durchzuführenden Notvergaben kann nicht erwartet werden, dass die Unternehmen bereit sind das Erlösrisiko auf eigene Rechnung zu tragen; dies würde zum Abschluss von Bruttoverträgen (Finanzrisiko beim Aufgabenträger) führen und damit zu höheren Ausgaben.

Um den dringenden Bedarf nach einer kurzfristigen Verständigung über einen ausfinanzierten Rettungsschirm für das ganze Jahr 2021 hervorzuheben regt der Landkreistag an, die in der Anlage beigefügte Resolution „ÖPNV-Ausbau nicht gefährden!“ zu beschließen und in die politische Diskussion einzubringen. Die Resolution verknüpft dabei den Rettungsschirm mit den Ausbauplänen des Landes im ÖPNV und macht deutlich, dass die entsprechenden Zielsetzungen, die die kommunale Seite im Sinne des Klimaschutzes ausdrücklich unterstützt, nur auf Basis einer stabilen ÖPNV-Branche erfolgen kann.

EINNAHMESITUATION IM RVL

Für den RVL ergibt sich auf Basis der bereits bekannten Ist-Einnahmen Januar 2021 für das 1. Halbjahr 2021 folgendes Prognosebild:

1. Quartal 2021:	-2.229.819 EUR
2. Quartal 2021:	-1.286.054 EUR

Summe: **-3.515.873 EUR**

Geht man davon aus, dass das Land 50% der Einnahmeausfälle kompensieren wird, ergibt sich, wenn bis zu 95%-Einnahmeausfall aufgefüllt werden soll, für das 1. Halbjahr 2021 ein Zuschussbedarf seitens des Landkreises in Höhe von **1.582.152,85 EUR**.

Marion Dammann
Landrätin

Nina Gregotsch
stv. Dezernentin III

- Anlagen
 - Resolution „ÖPNV-Ausbau nicht gefährden!“